

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 2. September 2004

Gesch. Nr. 138/04

25.5. Polizei

Bewilligung Objektkredit für Aufbau und Betrieb Stadtpolizei

[...]

3. GESCHÄFT-NR. 138/04

Bewilligung Objektkredit für Aufbau und Betrieb Stadtpolizei

DISKUSSION IM RAT

Sprecher der GPK ist Peter Stiefel im Rahmen der vorliegenden Weisung. Er stellt fest, dass die Stadt heute Geld für Leistungen bezahlt, welche sie eigentlich gar nicht erhält. Die GPK hält fest, dass die Polizei dann präsent sein soll, wenn sich die Bevölkerung unwohl fühlt: nachts und am Wochenende.

Stefan Rüegg, SVP, spricht als Verfasser der Dringlichen Motion und als Polizeibeamter. Er erklärt die Strukturen der Polizei auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene. Infolge Personalmangels kann die Kapo ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen. Deshalb ist eine Stapo gerechtfertigt. Die Lösung mit fünf Mann gefällt ihm. Er stellt folgenden Ergänzungsantrag:

„Bei Erhöhung des Sollbestandes (5 Polizeifunktionäre), hat der Stadtrat entsprechenden Antrag an den Grossen Gemeinderat zu stellen.“

Stadtpäsident Martin Graf erklärt, dass die Zahl 5 nicht von irgendwo kommt. Der Bestand sollte nicht erhöht werden, der Kredit reicht nicht für mehr. Er hat Verständnis für den Antrag. Das Parlament hat jedoch nicht die Möglichkeit, diesen zu stellen. Gemäss GO § 32 wird dem Stadtrat die Kompetenz zum Erlass eines Organisationsreglementes übergeben. Wenn dieser Antrag angenommen würde, wäre er ungünstig.

Stefan Rüegg zieht seinen Antrag zurück.

Laut Ueli Müller ist die Stapo kein Kerngeschäft der SP. Diese sagt jedoch klar Ja zur Vorlage. Der heutige Zustand ist unbefriedigend. Mit einer Stapo bestimmen wir, was wir wollen. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung wird besser. Die Vorlage ist massvoll und die Mehrbelastung in einem vertretbaren Rahmen. Es kommt 1 Polizist auf 3'000 Einwohner. Wir sind die einzige Gemeinde im Kanton Zürich mit über 8'500 Einwohnern und ohne Stapo. Klar kommuniziert werden muss gegenüber der Bevölkerung die Abgrenzung zwischen Stapo und Kapo.

Die FDP/JLIE-Fraktion hat gemischte Gefühle bei der Vorlage, so Thomas Vogel. Momentan haben wir eine teure Lösung für die Leistungen. Sie möchten eine Verbundpolizei. Schade, dass die Verhandlungen nicht gefruchtet haben. Aus der Abstimmungsweisung muss hervorgehen, was die Einwohner/innen gegenüber heute mehr erhalten. Es geht nicht darum, mehr Bussen zu verteilen oder kleinlich das Einhalten von Vorschriften zu überprüfen. Wir wollen eine klare Mehrleistung zu heute, verbesserte Sicherheit und grösstmögliche Präsenz durch die Stapo, insbesondere bei Notfällen, nachts und am Wochenende. Die Reaktionszeit muss schnell sein. Deshalb auch die Lösung mit der Verbundpolizei, welche angestrebt werden sollte. Gibt es Synergien in der Verwaltung, welche genutzt werden können? Werden daraus Stellenprozente frei? Wie sieht die politische Kontrolle der Stapo aus? Gibt es einen Sicherheits-Ausschuss?

Urs Käppeli, SVP, erkundigt sich, weshalb ein Polizeiauto beschriftet werden soll und eines nicht. Gibt es wieder 1 - 2 Verwaltungsstellen mehr? Die Stapo sollte in den Räumen des Stadthauses unterkommen. Bei



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 2. September 2004

Bedrohungen im Haus kann schnell reagiert werden.

Walter Nüssli, EDU, fragt, wie man sich einen Pikettdienst vorstellen muss und ob es überhaupt einen solchen gibt. Er würde es sinnvoll finden, die Kapo und die Stapo im selben Gebäude unterzubringen.

Rainer Hugener erklärt, dass die Grünen die Vorlage begrüssen, sie ist überfällig. Es stört sie, dass kein 24-Stunden-Betrieb geleistet werden kann. Wie geht der Stadtrat vor, um mit der Kapo übergreifende Synergien zu schaffen? Die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden muss verstärkt gesucht werden. Die Minimalvariante ist für den Beginn richtig, danach müssen andere Möglichkeiten geprüft werden.

Ruth Zubek, CVP, meint, dass Sicherheit sehr subjektiv betrachtet wird. Es gibt viele unsichere Orte wie Friedhof, Unterführung etc. 5 Leute können nicht immer überall sein. Das Angebot ist aber vernünftig und verbessert die Sicherheit. Sie wünscht, dass nicht schon bald wieder der Ruf nach mehr Leute da ist.

Stadtrat Fritz Ritter dankt insbesondere der GPK, dass die Vorlage so schnell im Rat behandelt wird. Die Volksabstimmung wird voraussichtlich am 28. November stattfinden. Eine Aufstockung der Stapo und der Verwaltung ist vorläufig nicht geplant. Wir sind interessiert an der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden. Im Kanton Zürich gibt es keine Gemeindepolizei mit einem 24-Stunden-Betrieb. Die Zusammenarbeit muss angestrebt werden. Heute werden nur in einem Teil der Gemeinde Kontrollen gemacht. Diese Ungerechtigkeit soll behoben werden. Geschwindigkeitskontrollen gibt es bis anhin nur auf Kantonsstrassen. Künftig soll dies auch auf Gemeinde-strassen geschehen. Nicht um Bussen verteilen zu können, sondern um die Sicherheit zu erhöhen.

Eine Umfrage in der Verwaltung ergab, dass bis heute keine Synergien genutzt werden können. Verantwortlich für die Stapo ist der Gesamtstadtrat. Aus Spargründen wird nur ein Fahrzeug beschriftet. Zudem ist es sinnvoll, wenn ein Auto nicht schon von weitem als Polizeiauto erkannt wird. Es ist keine Aufstockung von Verwaltungsstellen geplant. Im Stadthaus ist kein Platz für die Stapo. Langfristig ist das Ziel, gemeinsam unter einem Dach zu sein. Der Pikettdienst läuft so, dass die Nr. 117 zur Kapo geleitet wird. Diese entscheidet, wer aufgeboten wird.

Nach Zustimmung des Gemeinderates zur Vorlage wird eine Informationskampagne für die Bevölkerung gestartet.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 2. September 2004

ABSTIMMUNG

DER GROSSE GEMEINDERAT

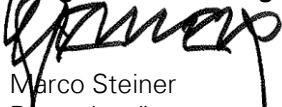
- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 2 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Für den Aufbau einer Stadtpolizei wird ein Objektkredit von Fr. 280'000.- zulasten der Investitionsrechnung bewilligt.
2. Für den Betrieb einer Stadtpolizei wird ein jährlich wiederkehrender Bruttokredit von Fr. 690'000.- zulasten der Laufenden Rechnung bewilligt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
4. Dispositiv-Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses unterstehen dem obligatorischen Referendum.
5. Die Dringliche Motion von Gemeinderat Stefan Rüegg, SVP, und Mitunterzeichnern betr. „Schaffung einer Stadtpolizei“ wird als erledigt abgeschrieben.
6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a) den Stadtrat, zweifach,
 - b) das Polizeiamt,
 - c) die Finanzverwaltung.

Beschluss erfolgte einstimmig.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll


Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 03.09.2004
ms